

**Institut für Unternehmens- und Wirtschaftsrecht
Institut für Finanzrecht**

Univ.-Prof. Dr. Hanns F. Hügel †
Univ.-Prof. Dr. Sabine Kirchmayr
SC Univ.-Prof. DDr. Gunter Mayr
Univ.-Prof. Dr. Friedrich Rüdfler, LL.M.
Univ.-Prof. Dr. Ulrich Torggler, LL.M.

27. Seminar

**„Hügel-Seminar“: Aktuelle Entwicklungen im
Unternehmens- und Steuerrecht**

Sommersemester 2020

Das Seminar findet zu den angegebenen Terminen jeweils am Mittwoch in der Zeit von 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr im Hörsaal U 11 (Untergeschoss), Juridicum, Universität Wien, Schottenbastei 10-16, 1010 Wien, statt.

Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung nicht erforderlich.

Änderungen des Seminarprogramms werden bekannt gemacht

- über den Newsletter (<https://wirtschaftsrecht-nl.univie.ac.at/anmeldung>) sowie unter
- www.univie.ac.at/finanzrecht und
- wirtschaftsprivatrecht.univie.ac.at.

18. März 2020

Ist das konzernrechtliche Trennungsprinzip noch zu halten?

Das Trennungsprinzip ist ein wesentlicher Grundpfeiler des Gesellschaftsrechts: Gesellschafter und Gesellschaft sind voneinander zu trennen. Daraus folgt insbesondere, dass für Verbindlichkeiten der AG und GmbH nur das Gesellschaftsvermögen haftet und nicht das Vermögen der Gesellschafter. Dieses Prinzip wird zunehmend aufgeweicht. Konzerne werden vielfach auch rechtlich als Einheit betrachtet. Muttergesellschaften haften verstärkt für Fehlverhalten der Tochtergesellschaften oder werden bei finanziellen Schwierigkeiten ihrer Tochtergesellschaften in die Verantwortung gezogen. Lehre und Rechtsprechung anerkennen seit geraumer Zeit Durchbrechungen des Trennungsprinzips (§ 48 AktG/§ 61 GmbHG). Diese Tendenz zur Konzernverantwortung wird insbesondere im Kartell-, Kapitalmarkt- und Datenschutzrecht sichtbar. Diese Entwicklungen haben auch erhebliche Folgen für die Konzernleitung. Die Herausforderung in der Zukunft wird daher in der Abstimmung zwischen Konzernverantwortung und gesellschaftsrechtlichem Trennungsprinzip liegen.

Dazu: *Rüdfler*, Durchgriffshaftungstatbestände am Prüfstand des Unionsrechts, GES 2011, 99; *Artmann*, Haftung im Konzern, GesRZ 2019, 419; *Poelzig*, Angriffe auf das konzernrechtliche Trennungsprinzip und ihre Folgen für die Konzernleitung, Gesellschaftsrecht in der Diskussion 2017; *Merkt* in MüKoGmbHG³ (2018), § 13; *Eckert/U. Schmidt* in Haberer/Krejci, Konzernrecht (2016) Kap. 13; *Zoidl*, Die Konzernhaftung nach der DSGVO - Schein oder Sein?, ecolex 2019, 428; *Reidlinger*, Konzernhaftung bei Schadenersatz für Kartellrechtsverstöße?, GesRZ 2019, 97; *Kriechbaumer*, Konzernhaftung im Bereich des Kartellschadenersatzrechts, ecolex 2019, 607; *Reidlinger*, Apropos Konzernhaftung, ecolex 2019, 610; *Schuhmacher*, Einheit oder Vielheit im Haftungsrecht – Die Haftung für Kartellverstöße als Nukleus für eine Einheitsbetrachtung? in Artmann/Rüdfler/Torggler

(Hrsg), GVÖ Band 8: Konzern – Einheit oder Vielheit?; *Schopper*, Informationsweitergabe und Wissenszurechnung im Konzern, in Artmann/Rüffler/Torggler (Hrsg), GVÖ Band 8: Konzern – Einheit oder Vielheit?

Referentin: Elke Napokoj
Diskussion mit: Univ.-Prof. Fritz Rüffler, LL.M., Universität Wien
Dr. Julia Told, Universität Wien / WU Wien

25. März 2020

Aktuelle Fragen zu Privatstiftungen: Besteuerung des Widerrufs, Substiftungen sowie mögliche Auswirkungen der steuerlichen Vorhaben des Regierungsprogrammes auf Privatstiftungen

- Der Erk des VfGH vom 27.11.2019, E 5018/2018-16, betreffend die Differenzbesteuerung beim Widerruf einer Privatstiftung. Die Entscheidung betrifft die Berücksichtigung der Stiftungseingangswerte bei der Bemessung der Zuwendung des Vermögens an die Letztbegünstigten.
- OGH 21.12.2015, 6 Ob 108/15y und OGH 23.02.2016, 6 Ob 237/15v zu Substiftungen: Konkurrenz des Stiftungszweckes.
- Mögliche Auswirkungen der steuerlichen Vorhaben des Regierungsprogrammes auf Privatstiftungen.

Dazu: *Ludwig*, taxlex 2020, in Druck; *Ludwig*, Die ertragsteuerliche Behandlung des Stifters als Letztbegünstigter bei Widerruf einer Privatstiftung, in *Beiser/Kirchmayr/Mayr/Zorn*, FS Doralt, Ertragsteuern in Wissenschaft und Praxis, 289 ff; *Achatz/Kirchmayr*, Editorial taxlex 2020, 73.

Referent*innen: Dr. Christian Ludwig, Ludwig & Partner Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfung GmbH
StB Univ. Prof. Dr Sabine Kirchmayr, Universität Wien

Diskussion mit: Univ.-Prof. Dr. Martin Schauer, Universität Wien

1. April 2020

VwGH-Rechtsprechung zur Unternehmensbesteuerung

- Aktuelle Judikatur zur Unternehmensbesteuerung
- VwGH zum GmbH-Geschäftsführer, VwGH 29.1.2020, Ra 2019/13/0115
- Gruppenbesteuerung: Gruppenmitglieder in Liquidation, VwGH 4.9.2019, Ro 2017/13/0009-0010 und BMF-Info vom 28.11.2019, BMF-010216/0005-IV/6/2019
- VwGH zur ImmoESt, Ro 2019/13/0035 (nachträgliche Kaufpreisminderung), 13.11.2019, Ro 2019/13/0033 (Inventar und Außenanlagen)

Dazu: *Zorn*, RdW 2019, 787; *Mayr*, RdW 2020, 46; *Zorn*, RdW 2020, 56, 132 und Heft 3 (zum GmbH-Geschäftsführer).

Referent: Dr. Andrei Bodis, Leiter bundesweiter Fachbereich f. Kapitalvermögen/BMF

Diskussion mit: SenPräs Univ.-Prof. Dr. Nikolaus Zorn, VwGH
SC Univ.-Prof. DDr. Gunter Mayr, BMF/Universität Wien

6. Mai 2020

Grund- und Praxisfragen der Einheits-GmbH & Co. KG

Bei der Einheits-GmbH & Co. KG ist die Kommanditgesellschaft einzige Gesellschafterin ihrer Komplementär-GmbH, wodurch sich die Übertragung der GmbH-Geschäftsanteile im Fall eines späteren Kommanditistenwechsels erübrigt. Diese Gestaltung der GmbH & Co. setzt sich in Deutschland immer mehr durch. Für Österreich hat der OGH in 6 Ob 185/13v die Zulässigkeit zumindest für den Sonderfall einer deutschen KG bejaht, die den Erwerb der (volleingezahlten) Geschäftsanteile der nicht vermögensbeteiligten Komplementär-GmbH aus ungebundenem Vermögen finanziert. Das Verbot des Erwerbs eigener Geschäftsanteile (§ 81 GmbHG) stehe nicht entgegen.

Die Einheits-GmbH & Co. KG wirft Folgefragen der Kompetenzverteilung, insb bei der Bestellung und Abberufung der GmbH-Geschäftsführer, auf. Insofern verweist die OGH-E auf die Vertragsgestaltung. Dieser Stand markiert Aufgaben für die Vertragsgestaltung und lässt die Rechtslage offen, die mangels gesellschaftsvertraglicher Vorkehrungen eingreift.

Dazu: OLG München 7 U 2600/17, NZG 2018, 942; *Binz/Sorg*, Die GmbH & Co. KG¹² § 8/S. 164 ff (2018); *Hahn*, Die Beschlussfassung in der GmbH & Co. KG als Einheitsgesellschaft (2004); *Lüke*, Besondere Erscheinungsformen der GmbH & Co. KG, in *Hesselmann/Tillmann/Mueller-Thuns*, Handbuch GmbH & Co. KG²² Rz 2.461 ff/S. 189 ff (2020); *Oetker*, Willensbildung in der Einheits-GmbH & Co. KG zwischen kautelarjuristischer Akrobatik und kreativer Rechtsfortbildung, in FS K. Schmidt zum 80. Geburtstag II (2019) 79; *K. Schmidt*, Fortschritt oder Rückschritt im Recht der Einheits-GmbH & Co. KG? ZIP 2007, 2193; *ders*, Zur Einheits-GmbH & Co. KG – Kautelarjurisprudenz an ihren Grenzen oder Triumph der Typizität des Atypischen? in FS Westermann (2008) 1425; *Wenger*, Einheits-GmbH & Co KG, RWZ 2014, 327.

Referenten: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karsten Schmidt, Bucerius Law School
RA Dr. Thomas Wenger, Schönherr
Diskussion mit: Univ.-Prof. Dr. Ulrich Torggler, LL.M., Universität Wien

13. Mai 2020

Regierungsprogramm: Flexibilisierung des Kapitalgesellschaftsrechts

Geltung und Reichweite des aktienrechtlichen Grundsatzes der Satzungsstrenge und damit umgekehrt der Gestaltungsfreiheit bei AG sind umstritten. Nach der Grundsatzentscheidung 6 Ob 28/13f „erscheint es gerechtfertigt, für nicht börsennotierte AGs eine größere Satzungsautonomie anzuerkennen [als für börsennotierte AGs] (so auch *Kalss* in *Kalss/Nowotny/Schauer*, Gesellschaftsrecht, Rz 3/25).“ Aber auch im GmbH-Recht sind die Grenzen der Satzungsautonomie nicht für alle Zusammenhänge abschließend geklärt; nach 6 Ob 183/18g ist § 15 GmbHG über die Gesellschafterkompetenz für die Geschäftsführerbestellung zwingend.

Das Regierungsprogramm 2020-2024 spricht eine Reform an:

„Flexibilisierung des Kapitalgesellschaftsrechts (GmbH, AG): Die bestehenden Regelungen sollen insbesondere in Hinsicht auf Familienunternehmen und Start-ups flexibilisiert werden (unter Berücksichtigung des Anlegerschutzes und der Gläubiger).“

Vor diesem Hintergrund soll sich die Seminareinheit Gestaltungsdesiderata bei Vorstand, Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung widmen und die Gelegenheit bieten, Anliegen und Ideen der Praxis zu sammeln.

Dazu: *Elsner/Hössl/U. Torggler*, Die Satzungsstrenge: Leitbild und Realität der AG, GesRZ 2017, 78; *Entleitner*, Ausgewählte Beschränkungen der vertraglichen Gestaltungsfreiheit im GmbH-Recht, NZ 2018, 281; *E. Gruber/H. Folgar-Deinhardstein*, Satzungsstrenge und neue Spielräume für „autonome“ Satzungsbestimmungen, GesRZ 2014, 73; *Haberer*, Zwingendes Kapitalgesellschaftsrecht (2010); *Kalss*, Die Gestaltungsfreiheit im Aktienrecht – Rechtspolitische Vorschläge, GesRZ 2017, 87; *dies/Nicolussi*, Aktuelle Satzungsgestaltungen in Aktiengesellschaften, GesRZ 2017, 203;

Nicolussi, Die Satzungsstrenge im Aktienrecht (2018); *U. Torggler*, Gestaltungsfreiheit bei der GmbH, GesRZ 2010, 185.

Referent*innen: Univ.-Prof. Dr. Susanne Kalss, LL.M., WU Wien
RA Univ.-Prof. Dr. Johannes Reich-Rohrwig, CMS
Reich-Rohrwig Hainz
Notar Dr. Rupert Brix, Wien

Diskussion mit: LStA Hon.-Prof. Dr. Sonja Bydlinski, MBA, BMJ
Univ.-Prof. Dr. Ulrich Torggler, LL.M., Universität
Wien

27. Mai 2020

Besteuerung der digitalen Wirtschaft

Die Besteuerung der digitalen Wirtschaft und IT-Giganten steht im Fokus des internationalen Steuerrechts. Vor allem auf OECD-Ebene wird intensiv an Lösungsmöglichkeiten gearbeitet, die OECD hat daher im Herbst 2019 den „Unified Approach“ veröffentlicht, der zu einer globalen Neuverteilung von Besteuerungsrechten führen würde. Dieser Vorschlag wurde Ende Jänner 2020 vom Inclusive Framework (= 137 Staaten weltweit) grundsätzlich angenommen, wobei es noch einige Details zu klären gilt.

Dazu: *Mayr*, OECD-Proposal: New Allocation of Taxing Rights, RdW 2019, 731; *Daurer*, Der Unified Approach der OECD, ÖStZ 2019, 554; *Dorenkamp*, Warum bei der sog „OECD-Steuerrevolution“ weniger mehr wäre, FR 2020, 114.

Referent*innen: StB Prof. Dr. Stefan Bendlinger, ICON
Dr. Veronika Daurer, BMF
SC Univ.-Prof. DDr. Gunter Mayr, BMF/Universität
Wien

3. Juni 2020

Satzungsmäßige (Geschlechter-)Diskriminierung

Nach 6 Ob 55/18h sind KG-Vertragsklauseln, die bei der Gesellschafternachsfolge nach dem Geschlecht diskriminieren, „nachträglich sittenwidrig“ iSd § 879 Abs 1 ABGB, dh trotz ihrer Wirksamkeit bei Gesellschaftserrichtung 1963. Wesentliche Begründungselemente bilden der verfassungsrechtliche Gleichheitssatz und das GIBG 2004.

Die Resonanz auf dieses Urteil ist gemischt; auch stellt sich die Frage nach der Übertragbarkeit dieser „mittelbaren Drittwirkung“ auf andere Gesellschaftsformen sowie auf andersartige Diskriminierungen, etwa nach der Staatsbürgerschaft.

Dazu: EGMR 69498/01 *Pla und Puncernau/Andorra*, NJW 2005, 875; OGH 8.9.2004, 7 Ob 193/04i; *Berka*, Geschlechterklauseln in Gesellschaftsverträgen und verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbote, GES 2017, 347; *Canaris*, Grundrechte und Privatrecht, AcP 184 (1984) 201; *Czernich*, OGH zu Geschlechterklauseln in Gesellschaftsverträgen: Diskriminierung von Frauen unzulässig, NZ 2019, 373; *Foerster*, Diskriminierende Regelungen der Nachfolge in die Verbandsmitgliedschaft, AcP 213 (2013) 173; *Kalss/Dauner-Lieb*, Töchter unerwünscht? GesRZ 2016, 249; *Klampfl*, Geschlechterklauseln in letztwilligen Verfügungen, JEV 2016, 178; *Koppensteiner*, Verfassungs- und Gesellschaftsrecht, wbl 2016, 717.

Referentinnen: Univ.-Prof. Dr. Dr. h. c. Barbara Dauner-Lieb,
Universität Köln
Univ.-Prof. Dr. Magdalena Pöschl, Universität Wien
Diskussion mit: Univ.-Prof. Dr. Ulrich Torggler, LL.M., Universität
Wien

17. Juni 2020

Update: Einlagenrückgewähr: Steuer- und Gesellschaftsrecht

Den Abschluss des Semesters bildet ein schon traditionelles update zum Verbot verdeckter Ausschüttungen (Finanzrecht) und dem Verbot der Einlagenrückgewähr (Gesellschaftsrecht). Neue Entwicklungen werden vorgestellt, Gemeinsamkeiten oder Unterschiede gesucht und diskutiert.

Dazu: OGH 24.5.2019, 8 ObA 83/18d, GES 2019, 236; OGH 2.5.2019, 17 Ob 5/19p, GES 2019, 190; 10 Ob 86/18x, OGH 20.11.2018, 10 Ob 86/18x, ecolex 2019, 1047; *Fellner/Rüffler*, Zentrale Konzernfinanzierung und Verbot der Einlagenrückgewähr, GES 2019, 59; *Chladek/Seeber/Stenzel*, Einlagenrückgewähr: Die Erkundungs- und Prüfpflicht der Bank darf nicht überspannt werden, GesRZ 2019, 401 und BFH 13.3.2019, I R 18/19 zum Vorlageverfahren betreffend die beihilfenrechtliche Beurteilung von VA eines Versorgungsverbundes (dazu Spilker, taxlex 2020, in Druck; Fuchs, ÖStZ 2020, 75 ff); FG Niedersachsen 4.7.2019, 10 K 181/17, Revision anhängig unter: BFH VIII R 25/19 zu gespaltenen Gewinnausschüttungen, dazu Wimmer, taxlex 2020, in Druck; *Schön* Gewinnermittlung, Gewinnverteilung und Gewinnausschüttung im Recht der Personengesellschaften und GmbH, in Hommelhoff ua (Hrsg), GS. Hachenburg (2003), 17 ff; *Priester*, Quotenabweichende Rücklagen in GedS Knobbe-Keuk, 293 ff. BFG vom 27. 12. 2019, RV/2100620/2019 zur Renditemiete „extrem“; dazu *Schaunig*, taxlex 2020, in Druck.

Referent*innen: Univ.-Prof. Dr. Sabine Kirchmayr-Schliesselberger,
Universität Wien
Univ.-Prof. Dr. Fritz Rüffler, LL.M., Universität
Wien